

"Westeuropäische Zusammenarbeit" in Luxemburger Wort (13. März 1948)

Legende: Während der Verhandlungen über den Brüsseler Pakt analysiert die Luxemburger Tageszeitung Luxemburger Wort die Bedeutung dieser neuen Organisation für die europäische Einigung.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 13.03.1948, n° 73/74; 101e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "Westeuropäische Zusammenarbeit", p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"westeuropaische_zusammenarbeit"_in_luxemburger_wort_13_marz_1948-de-884b607b-ae4c-4ac6-b9f7-41e38bac36c6.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 14/05/2013

Westeuropäische Zusammenarbeit

In Brüssel sind sich die Vertreter von fünf westeuropäischen Ländern – Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg – einig geworden über die großen Linien eines Paktes, der ihre wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit enger koordinieren und damit ihre Sicherheit auf allen Gebieten garantieren soll. Nähere Einzelheiten über diesen Pakt – der übrigens von den Außenministern der betreffenden Länder noch erst unterzeichnet und dann von den einzelnen Parlamenten ratifiziert werden muß – sind einstweilen noch nicht bekannt. Es wäre daher müßig, sich für den Augenblick in Erwägungen über Wert oder Unwert der Brüsseler Konferenzergebnisse zu ergehen. Dazu wird noch Zeit sein, wenn dieselben einmal bekannt sein werden. Lang wird es ohnehin bis dahin nicht dauern.

Eine Frage aber drängt sich heute schon auf. Wird mit dem Abschluß des Brüsseler Paktes der Sache des Friedens gedient sein? Zweifellos ja. Wenigstens soweit wir den Begriff „Friede“ verstehen, als Zustand nämlich von Ruhe und Ordnung, in dem sich die Persönlichkeit jeder Nation wie jedes Einzelmenschen frei entwickeln kann. Ruhe und Ordnung also, und Gleichgewicht der Freiheiten nach außen wie auch im Innern der Staaten. Diese drei Faktoren zu festigen und ihnen als Fundament das unerläßliche Gefühl der wirtschaftlichen und politischen Sicherheit zu geben, dazu waren die Vertreter der fünf Länder in Brüssel zusammengekommen. In dem Maß wie ihnen das gelungen ist, haben sie sich um die Sache des Friedens – nicht nur des Friedens in Westeuropa – verdient gemacht.

Das will durchaus nicht heißen, daß wir der Ansicht seien, ohne den Brüsseler Fünfpakt wäre die Welt nun geradewegs in einen Krieg hineingeglitten. Erst gestern haben wir an eben dieser Stelle betont, daß, wer sich ein klares Urteil bewahrt hat, nicht an die Wahrscheinlichkeit eines bevorstehenden neuen Krieges glaubt. Denn Krieg, so fügten wir hinzu, wünschen und brauchen weder die einen noch die andern. Der belgische Ministerpräsident und Außenminister P. H. Spaak meinte gestern abend dasselbe, als er in einer Konferenz, die er im großen Auditorium der Brüsseler Universität hielt, die Frage stellte: „Sommes-nous donc dans une situation désespérée et la guerre est-elle imminente?“ und auch gleich mit einem klaren Nein beantwortete, weil er überzeugt sei, der Friede könne der Welt erhalten bleiben, wenn es gelinge, denselben zu organisieren.

Der Organisation des Friedens hat vor allem die UNO dienen gewollt. In den zwei Jahren ihres effektiven Bestehens konnte sie denn auch gewisse positive Resultate verzeichnen. Die großen Hoffnungen aber, die auf die Weltsicherheitsorganisation gesetzt worden waren, sind nicht in Erfüllung gegangen. Bis heute wenigstens nicht. Der Generalsekretär der UNO, Trygve Lie, hat das vor acht Tagen in einer in New York gehaltenen Rede unumwunden zugegeben. Das will nun wiederum nicht heißen, daß Prinzip und Organisation der Vereinten Nationen aufgegeben werden sollen. Die fünf Länder Westeuropas machen nur Gebrauch von dem in der Charta von San Francisco vorgesehenen Recht auf Abschluß von Regionalpakten und versuchen in kleinerem Rahmen, was in der die ganze Welt umspannenden Sicherheitsorganisation einstweilen noch nicht zu verwirklichen ist.

Denn Europa sieht allmählich ein, daß es keine Zeit mehr zu verlieren hat. Die allgemeine Nervosität zeitigt bereits bedenkliche Erscheinungen. So hieß es z. B. gestern von einem russischen Angebot an Norwegen betr. Abschluß eines gegenseitigen Freundschaftspaktes. Nach Finnland nun also auch Norwegen, regte man sich auf, bis dann in den Abendstunden aus Oslo das offizielle Dementi kam, die norwegische Regierung wisse von nichts. Dergleichen Beispiele übergroßer Nervenanspannung, der aus dem Gefühl der Unsicherheit hervorgewachsenen Krankheit des heutigen Europas, ließen sich mehr anführen. Man denke nur an Frankreich und Italien, wo man im heurigen Frühjahr von Woche zu Woche eine Neuauflage der November-Unruhen von letzthin erwartet.

Diesem allgemeinen Gefühl der Unsicherheit, der wirtschaftlichen wie der politischen, soll der Brüsseler Fünferpakt entgegenwirken. So wenigstens haben sich die Vertreter der drei Beneluxländer denselben gedacht. Sie scheinen mit ihrer Ansicht durchgedrungen zu sein und dem ursprünglich etwas nebelhaften Plan des britischen Außenministers Bevin festere Formen gegeben zu haben. Und schon werden Stimmen laut, die die Zusammenarbeit noch straffer organisieren möchten. 73 Abgeordnete des britischen Unterhauses, Angehörige von fünf verschiedenen politischen Parteien, schlugen gestern vor, die Bildung

eines westeuropäischen Staatenbundes ins Auge zu fassen und durch eine Politik auf lange Sicht in die Wege zu leiten. Das Ziel dieser Bestrebungen auf lange Sicht solle ein demokratischer Staatenbund von Europa sein, dessen Verfassung auf den Grundsätzen der gemeinsamen Staatsbürgerschaft und der politischen Freiheit beruhe. Eine repräsentative Regierung des Staatenbundes solle mit genau umrissenen Befugnissen auf den Gebieten der Außenpolitik, der Verteidigung, der Finanzen, des Zollwesens, der Produktionsplanung, des Handels, der Arbeitskräftelenkung und des Transportwesens ausgestattet werden. Als ersten Schritt zur Verwirklichung dieser Pläne werde die Bildung einer konstituierenden Versammlung aller westeuropäischen Staaten gefordert.

Das ist nun zwar ein Vorschlag, der durch seine Kühnheit überrascht, weil er in seinen Zielen weit hinausgeht über alle bisherigen Bestrebungen zur festeren Bindung der westeuropäischen Staaten. Immerhin, er zeigt wie stark das europäische Zusammengehörigkeits- und Verantwortungsgefühl, wie groß aber auch das Bestreben, mittels der eigenen Kräfte Europa aus dem Chaos herauszuführen, geworden ist.